

Professor Noam Chomsky, einer der prominentesten Kritiker der US-Außenpolitik, äußert sich in einem Interview im Magazin TORTURE zur Politik Bushs und Obamas und beklagt die moralische Verkommenheit vieler US-Intellektueller.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 213/12 – 30.12.12**

Noam Chomsky:

Die meisten US-Intellektuellen sind moralisch verkommen

**Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner lassen foltern und morden
und greifen damit die in 800 Jahren erkämpften Bürgerrechte an**

Von Noam Chomsky und Eric Bailey

Information Clearing House, 17.12.12

(<http://www.informationclearinghouse.info/article33336.htm>)

Eric Bailey: In den letzten vier Jahren hat sich Politik der USA – was die Menschenrechte angeht – einschneidend verändert. Einer der wenigen Fälle, in denen die Demokratische und die Republikanische Partei im Laufe der letzten vier Jahre zusammengearbeitet haben, war die Verabschiedung des National Defense Authorization Act / NDAA (des Gesetzes zur nationalen Verteidigung (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/National_Defense_Authorization_Act und <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/BILLS-112hr1540enr/pdf/BILLS-112hr1540enr.pdf>) im Jahr 2012. Mit diesem Gesetz wurde dem US-Militär die Macht gegeben, US-Bürger ohne Anklage, Gerichtsverhandlung oder ein anderes gesetzliches Verfahren unbegrenzt einzusperren; bis heute versucht die Obama-Regierung mit allen juristischen Tricks zu verhindern, dass ein Bundesgericht dieses Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Auf Obamas Anordnung wurden ohne gerichtliche Überprüfung bereits drei zu Al-Qaida gehörende US-Bürger ermordet, darunter auch Anwar al-Awlaki (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Anwar_al-Awlaki) und sein 16-jähriger Sohn.

Außerdem wird das Gefangenenlager in der Guantánamo Bay weiter benutzt, der Patriot Act (s. http://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act) blieb in Kraft und die Befugnisse der Transportation Security Administration / TSA (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Transportation_Security_Administration) wurden mit halsbrecherischer Geschwindigkeit ausgeweitet. Wie sehen Sie die Einstellung der US-Regierung zu den Menschenrechten in den letzten vier Jahren, und wie ist die Politik Obamas im Vergleich zu der seines Vorgängers George W. Bush zu bewerten?

Noam Chomsky: Obamas Politik ist der Bushs sehr ähnlich, es gibt nur geringe Unterschiede; das ist auch keine große Überraschung. Die Demokraten haben ja Bushs Politik unterstützt. Um sich als Partei (von den Republikanern) abzuheben, haben sie zwar manchmal opponiert, waren aber grundsätzlich mit Bushs Politik einverstanden, und es kann niemand überraschen, dass sie das auch heute noch sind. In mancher Hinsicht ist Obama sogar weiter als Bush gegangen. Der NDAA, den Sie erwähnen haben, wurde nicht von Obama in den Kongress eingebracht, und als dieses Gesetz verabschiedet wurde, sagte Obama, er billige es nicht und werde es nicht in Kraft setzen. Dann hat er aber auf ein Veto verzichtet und den NDAA trotzdem unterzeichnet. Das Gesetz wurde auch von (demokratischen) Falken wie Joe Lieberman (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Joe_Lieberman) mit durchgeboxt.

Tatsächlich hat kaum ein "Change" (Wandel) stattgefunden. Das Schlimmste am NDAA ist, dass er eine (illegale) Praxis, die schon bestand, nachträglich legalisierte. Die (bereits

vorher angewandten rechtswidrigen) Methoden haben sich dadurch nicht geändert. Die Bestimmung, die in der Öffentlichkeit am meisten Aufmerksamkeit erregte, haben Sie schon erwähnt: die unbegrenzte Inhaftierung von US-Bürgern. Aber warum soll es überhaupt erlaubt sein, Bürger anderer Nationalitäten unbegrenzt wegzusperren? Das ist ein grober Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte und gegen geltende Gesetze, ein Rückfall hinter die aus dem 13. Jahrhundert stammende Magna Charta (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Magna_Carta); dieser schwere Angriff auf die elementaren Bürgerrechte hat zwar unter Bush begonnen, wurde aber unter Obama fortgesetzt. Er wurde und wird von beiden Parteien unterstützt.

Zu den Tötungen (ohne Gerichtsverfahren) ist zu sagen, dass Obama diese weltweit betriebene Mordkampagne stark ausgeweitet hat. Bush hat zwar damit angefangen, aber Obama hat sie verstärkt und lässt auch US-Bürger ermorden. Auch das geschah wieder mit dem Einverständnis beider Parteien, nur bei der Ermordung des ersten US-Amerikaners gab es leise Kritik. Ich frage aber noch einmal: Wer gibt uns das Recht, überhaupt irgend jemanden zu ermorden? Stellen Sie sich zum Beispiel einmal vor, der Iran ließe Mitglieder des Kongresses ermorden, die einen Angriff auf den Iran fordern. Würden wir das gutheißen? Der Iran hätte zwar gut zu rechtfertigende Gründe, wir würden sein Verhalten aber natürlich als eine Kriegshandlung ansehen.

Die wirkliche Frage ist doch: Darf in staatlichem Auftrag überhaupt gemordet werden? Die Regierung hat ausdrücklich bestätigt, dass Obama diese Morde persönlich anordnet, wobei die Begründung dafür sehr schwach ist. Wenn zum Beispiel über eine Drohne eine Gruppe von Männern beim Beladen eines Lastwagens beobachtet wird und der Verdacht besteht, dass sie feindliche Kämpfer sein könnten, glaubt man sie umbringen zu dürfen, weil sie als schuldig betrachtet werden; hinterher könnte sich aber herausstellen, dass sie völlig harmlos waren. Schon die Begründung der US-Regierung für diese Morde ist eine derart grobe Verletzung grundlegender Menschenrechte, dass sie völlig indiskutabel ist.

Die Erfordernis eines ordentlichen Gerichtsverfahrens besteht, seit die USA eine Verfassung haben, die besagt, dass niemand ohne Gerichtsverfahren seiner Rechte (zum Beispiel seines Rechtes auf Leben) beraubt werden darf; dieser Rechtsgrundsatz wurde – wie schon gesagt – bereits im 13. Jahrhundert in England formuliert. Deshalb erhebt sich die Frage: Darf überhaupt auf ein ordentliches Gerichtsverfahren verzichtet werden? Obamas De-facto-Justizminister Eric Holder (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Eric_Holder) erklärte dazu, das ordentliche Gerichtsverfahren werde in diesen Fällen durch vorher von der Exekutive durchgeführte Beratungen ersetzt. Das ist noch nicht einmal ein schlechter Witz! Die britischen Könige des 13. Jahrhunderts hätten Holder applaudiert: "Wir müssen den Morde nur vorher bereden, dann gilt das schon als ordentliches Gerichtsverfahren." Auch diese Interpretation haben beide Parteien ohne Kontroverse akzeptiert.

Die gleiche Frage können wir auch zur (angeblichen) Ermordung Osama bin Ladens stellen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP07711_050511.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP07811_060511.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08011_110511.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08711_240511.pdf). Ich sage bewusst "Ermordung". Wenn schwer bewaffnete Elitesoldaten einen unbewaffneten, sich nicht wehrenden Verdächtigen im Kreis seiner Frauen festnehmen sollen, ihn aber stattdessen erschießen und seinen Leichnam ohne vorherige Obduktion im Meer entsorgen, kann das nur Mord genannt werden. Ich habe bin Laden auch bewusst als "Verdächtigen" bezeichnet. Der Grund dafür ist ein anderer Rechtsgrundsatz, der auch auf das 13. Jahrhundert zurückgeht und besagt, dass ein Mensch so lange als unschuldig zu gelten hat, bis seine Schuld (gerichtlich) erwiesen ist. Davor steht er nur unter Verdacht. In den USA wurde Osama bin Laden im Zusammen-

hang mit den Anschlägen am 11.09.(2001) nie formell angeklagt, und ein wichtiger Grund für diese Unterlassung war, dass ihm die Verantwortung dafür nicht nachgewiesen werden konnte. (Auf dem Steckbrief, mit dem das FBI bin Laden gesucht hat, werden ihm diese Anschläge noch nicht einmal vorgeworfen; s. <http://www.fbi.gov/wanted/topten/usama-bin-laden> .) Acht Monate nach dem 11.09. und nach seiner bis zu diesem Zeitpunkt intensivsten Untersuchung erklärte das FBI, es "vermute", dass die Anschläge in Afghanistan geplant und in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Deutschland und natürlich in den USA vorbereitet worden seien – ohne bin Laden überhaupt zu erwähnen. Das war acht Monate nach den Anschlägen, und bis heute konnte das FBI den Verdacht gegen bin Laden nicht erhärten.

Ich selbst glaube, dass der Verdacht (gegen bin Laden) zu Recht bestand, es gibt aber einen gewaltigen Unterschied zwischen einer berechtigten Annahme und einer nachgewiesenen Schuld. Auch wenn bin Laden schuldig war, hätte er gefangen genommen und vor Gericht gestellt werden müssen. Das schreibt das anglo-amerikanische Recht vor, das sich in acht Jahrhunderten entwickelt hat. Er hätte nicht ermordet werden dürfen, und sein Leichnam hätte auch nicht ohne Autopsie beseitigt werden dürfen, obwohl das allgemein für gut befunden wurde. Ich habe zu den wenigen gehört, die einen kritischen Artikel über dieses (rechtswidrige) Vorgehen geschrieben haben und wurde dafür auch von linken Kommentatoren hart angegriffen; weil bin Laden im Verdacht stand, Verbrechen gegen die USA begangen zu haben, sei er unbestreitbar zu Recht ermordet worden. Diese auch unter Intellektuellen weit verbreitete Einstellung sagt viel über die erschreckende "moralische Verkommenheit" des ganzen intellektuellen Spektrums der USA aus. Dass Obama diese (illegale) Praxis auch noch ausgeweitet hat, sollte deshalb niemand überraschen.

Die (innere) Fäulnis ist aber noch viel weiter fortgeschritten.

(Chomsky zweifelt die offizielle 9/11-Story der US-Regierung also immer noch nicht an. Wir haben allerdings große Zweifel daran und diese unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP16112_110912.pdf ausführlich begründet.)

Bailey: Es sind gerade etwas mehr als zehn Jahre vergangen, seit die Bush-Administration ihre "Folter-Memos" (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Torture_Memos) veröffentlicht hat. Damit wurde versucht, die Folterung von Häftlingen der CIA zu rechtfertigen, die im Rahmen des "Krieges gegen den Terror" (meist in anderen Staaten) gekidnappt (und völkerrechtswidrig in Geheimgefängnisse verschleppt) wurden (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP04706_280406.pdf). Der erschreckende Inhalt dieser Memos hat eine neue internationale Debatte über die Folter ausgelöst. Obwohl Präsident Obama versprochen hatte, alle illegalen Geheimgefängnisse zu schließen, scheint es auch heute noch solche "Black Sites" zu geben (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP15112_240812.pdf). Wie stehen Sie zu diesen CIA-Foltergefängnissen? Hat Obama, der 2008 auch versprochen hat, die CIA zu reformieren, sein Versprechen gehalten?

Chomsky: Es hat einige Präsidentenerlasse gegeben, in denen die schlimmsten Folterexzesse verurteilt wurden, (das berüchtigte US-Militärgefängnis) Bagram (in Afghanistan, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4rgef%C3%A4ngnis_Bagram) gibt es aber immer noch, und es wird auch heute noch nicht regelmäßig überprüft. Es ist wahrscheinlich das schlimmste Lager in Afghanistan. Auch Guantánamo wird weiterbetrieben, es ist aber eher unwahrscheinlich, dass dort noch schwer gefoltert wird, weil inzwischen zu viele Inspektionen stattfinden. Über die dort tätigen Militäranwälte dringen regelmäßig Informationen nach draußen, deshalb betrachte ich Guantánamo nicht mehr als Folterlager, aber immer noch als Gefangenenlager für illegal Verschleppte; außer Bagram könnte es noch weitere

Lager geben, und auch die Verschleppungen scheinen in einem etwas geringeren Umfang als bisher weiterzugehen.

Die CIA verschleppt also Gefangene zum Foltern in andere Länder. Auch das ist seit der Vereinbarung der Magna Charta – die zum Fundament des anglo-amerikanischen Rechts wurde – untersagt. Schon in diesem Dokument wurde ausdrücklich festgehalten, dass niemand übers Meer ins Ausland gebracht und dort bestraft und gefoltert werden darf. Verschleppungen führen aber nicht nur die USA durch. Sie kommen auch in Westeuropa, zum Beispiel in Großbritannien und Schweden vor. Deshalb sind die Sorgen derer, die befürchten, dass Julian Assange eine Auslieferung an Schweden droht, durchaus berechtigt. Auch Kanada und Irland waren in die Verschleppungen verwickelt; Irland gehört aber zu den wenigen Ländern, in denen es große Massenproteste gegen die über den Shannon Airport durchgeführten CIA-Verschleppungsflüge gab. Aus den meisten anderen betroffenen Staaten kam nur wenig oder überhaupt kein Protest. In letzter Zeit sind keine neuen Entführungsfälle mehr bekannt geworden, es würde mich aber nicht wundern, wenn es sie immer noch gäbe.

Bailey: Außer in den USA kommt es auch im Mittleren Osten immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, und durch die Aufstände des Arabischen Frühlings hat sich deren Anzahl in vielen Staaten noch erhöht. Während die Diktatoren in Tunesien und Ägypten ohne Bürgerkriege gestürzt wurden, ist es in Libyen, Syrien und im Jemen zu schweren Kämpfen gekommen. Die USA und die NATO haben (nach der Intervention in Jugoslawien) in Libyen ein weiteres Mal in einen Bürgerkrieg eingegriffen, und nur der Widerstand Russlands und Chinas hat bisher ein ähnlich massives Eingreifen in Syrien verhindert. In beiden Fällen haben die Rebellen die USA und Europa um militärische Hilfe gebeten, ja sogar darum gebettelt; an Verhandlungen mit ihren diktatorischen Gegnern waren sie absolut nicht interessiert, auch wenn die Hilfe von außen auf sich warten ließ.

Was halten Sie von militärischen Eingriffen, wie sie in Libyen stattfanden und für Syrien immer wieder gefordert werden? Ist es moralisch gerechtfertigt, Texaner und Soldaten aus Louisiana wegen der Konflikte in Libyen und Syrien in den Kampf zu schicken? Oder anders gefragt, ist der Verzicht auf eine Militärintervention zu verantworten, wenn ganze Städte wie Misrata, Bengasi, Aleppo oder Homs völlig zerstört und mehrere zehntausend Zivilisten deswegen getötet werden könnten?

Chomsky: Fangen wir mit Syrien an. Einer Ihrer Thesen kann ich nicht zustimmen, den ich bezweifle stark, dass die ablehnende Haltung Russlands und Chinas ein Eingreifen der USA oder des gesamten Westen in Syrien bisher verhindert hat. Ich habe sogar den Verdacht, dass die USA, Großbritannien und Frankreich das russische Veto begrüßt haben, weil es ihnen den Vorwand zum Nichtstun geliefert hat. Sie konnten einfach erklären: "Wie sollen wir eingreifen? Die Russen und Chinesen haben es ja verhindert!"

Wenn die USA und die NATO tatsächlich hätten intervenieren wollen, hätten sie sich einfach über das Veto der Russen und Chinesen hinweggesetzt. Das haben sie doch schon öfter getan; sie wollten einfach bisher nicht militärisch eingreifen und wollen das wohl auch jetzt noch nicht. Die strategischen Befehlszentralen ihrer Streitkräfte und Geheimdienste sind noch immer strikt dagegen. Einige sind das aus militärtechnischen Gründen, andere lehnen eine Intervention ab, weil sie nicht genau wissen, welche oppositionellen Kräfte zur Durchsetzung eigener Interessen unterstützt werden sollen. Sie mögen Assad nicht besonders, obwohl er den USA und Israel ganz nützlich war, wegen der an der Rebellion beteiligten islamistischen Gruppierungen mögen sie aber auch die Opposition nicht besonders und ziehen es deshalb vor, noch am Spielfeldrand zu bleiben.

Interessant ist, dass Israel nichts tut. Dabei müsste es noch nicht einmal viel sein. Israel könnte Truppen auf die widerrechtlich annektierten, eigentlich syrischen Golan-Höhen schicken, die nur etwa 40 Meilen (64 km) von Damaskus entfernt sind; Assad wäre dann gezwungen, eigene Truppen an diese Grenze zu verlegen, die er aus den von Rebellen bedrohten Gebieten abziehen müsste. Israel könnte also die Rebellen unterstützen, ohne selbst einen einzigen Schuss abfeuern und ohne die Grenze überschreiten zu müssen.

Davon war aber bisher noch nicht einmal die Rede, und ich denke, das zeigt, dass Israel, die USA und ihre Verbündeten zur Wahrung ihrer eigenen Interessen das Assad-Regime jetzt noch nicht beseitigen wollen. Dabei spielen humanitäre Gesichtspunkte überhaupt keine Rolle.

Was Libyen angeht, müssen wir etwas differenzieren, weil es in Libyen eigentlich zwei Interventionen gegeben hat. Die erste fand mit Billigung des UN-Sicherheitsrates statt und war durch die UN-Resolution 1973 legitimiert. Diese sah nur die Errichtung einer Flugverbotszone, die Durchsetzung einer Waffenruhe und den Beginn von Verhandlungen und sonstige diplomatische Initiativen vor. (Weitere Infos zu der Resolution sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1973_des_UN-Sicherheitsrates .)

Bailey: Das war die Intervention, die damit gerechtfertigt wurde, dass die Zerstörung Bengasis verhindert werden müsse.

Chomsky: Nun, wir wissen nicht, ob Bengasi (durch Luftangriffe der libyschen Luftwaffe) zerstört worden wäre, eigentlich sollte ja auch nur ein möglicher Angriff auf Bengasi verhindert werden. Man könnte zwar darüber streiten, wie wahrscheinlich ein solcher Angriff war, ich persönlich finde allerdings, es war legitim, dass versucht wurde, mögliche Gräueltaten zu verhindern. Die (vom UN-Sicherheitsrat autorisierte) Intervention dauerte aber nur etwa fünf Minuten. Gleich nach deren Beginn setzten sich die NATO-Mächte über die UN-Resolution hinweg – zuerst Frankreich und Großbritannien und dann auch die USA; ihre Flugzeuge wurden zur Luftwaffe der Rebellen. Das war in der UN-Resolution nicht vorgesehen. Die ließ nur "alle zum Schutz der Zivilbevölkerung notwendigen Schritte" zu; es ist aber ein großer Unterschied zwischen dem Auftrag, die Zivilbevölkerung zu schützen, und der Absicht der NATO, den Rebellen eine eigene Luftwaffe zu verschaffen.

Möglicherweise war es wünschenswert, den Aufständischen beizustehen. Weil die UN-Resolution dazu aber nicht ermächtigte, verstieß die den Rebellen gewährte militärische Unterstützung eindeutig gegen den (vom UN-Sicherheitsrat) erteilten Auftrag. Dabei gab es auch andere Optionen. Gaddafi hat (zum Beispiel) eine Waffenruhe angeboten. Ob sein Angebot wirklich ernst gemeint waren, kann niemand wissen, weil es sofort zurückgewiesen wurde.

Das Verhalten der NATO-Mächte wurde von den meisten andern Staaten der Welt missbilligt. Es gab kaum Unterstützung dafür. Die Afrikanische Union (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Afrikanische_Union), der Libyen als afrikanisches Land angehört, lehnte die (eigenmächtige) Erweiterung der Intervention strikt ab, forderte eine sofortige Waffenruhe und bot sogar die Entsendung einer eigenen Friedenstruppe an, die den Konflikt (zwischen Gaddafi und den Rebellen) schlichten sollte.

Die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die zufällig zur gleichen Zeit eine Konferenz abhielten, verurteilten die NATO-Intervention und forderten diplomatische Initiativen, Verhandlungen und eine Waffenruhe. Das benachbarte Ägypten hielt sich zurück. Das NATO-Mitglied Deutschland lehnte es ab, sich an der Intervention zu beteiligen. Auch Italien verweigerte sich zunächst, schloss sich aber später den Interventio-

nisten an. Auch die Türkei war erst gegen ein militärisches Eingreifen, machte aber später ebenfalls mit. Die meisten Staaten verurteilten die Intervention, die hauptsächlich von den traditionell imperialistischen Mächten Frankreich, Großbritannien und den USA forciert wurde.

Die NATO-Intervention verursachte eine humanitäre Katastrophe. Vielleicht wäre es ohnehin dazu gekommen, aber sie entwickelte sich vor allem aus den Angriffen auf Bani Walid und Sirte, die letzten Städte, die zu Gaddafi hielten. Beide Städte sind wichtige Zentren des Warfalla-Stammes, des größten libyschen Stammes. Libyen besteht aus vielen Stammesgesellschaften, und der Warfalla-Stamm gehört zu den bedeutendsten. Die Zerstörung ihrer Zentren hat die Angehörigen dieses Stammes sehr erbittert. Hätte die Verwüstung der beiden Städte nicht durch die von der Afrikanischen Union und den BRICS-Staaten vorgeschlagenen diplomatische Bemühungen und Verhandlungen verhindert werden können? Wir wissen es nicht.

Es ist auch erwähnenswert, dass sich die International Crisis Group (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/International_Crisis_Group), eine sehr angesehene nichtstaatliche Organisation, die Lösungsvorschläge für internationale Konflikte und Krisen erarbeitet, gegen eine Intervention ausgesprochen hat. Auch sie setzte sich vehement für Verhandlungen und diplomatische Initiativen ein. Über die Einwände der Afrikanischen Union und anderer Organisationen wurde im Westen allerdings kaum berichtet. Wen interessiert das schon, was die sagen? Wenn ihre Vorschläge überhaupt in den Medien Erwähnung fanden, wurden sie mit der Begründung niedergemacht, diese Länder hätten eben enge Beziehungen zu Gaddafi unterhalten. Das hatten sie wirklich, aber das Gleiche galt doch bis kurz vor der Intervention auch für Großbritannien und die USA.

Die Intervention hat nun mal stattgefunden, und jetzt hoffen alle, dass am Ende noch alles gut wird, auch wenn es nicht so aussieht. In einer der letzten Ausgaben der London Review of Books ist ein Bericht von Hugh Roberts erschienen, der damals in der International Crisis Group für Nordafrika zuständig und darauf spezialisiert war. Er verurteilt die Intervention und beschreibt ihr Ergebnis als totales Chaos, das wenig Hoffnung auf die Errichtung eines in Ansätzen demokratischen, einheitlichen Staates lässt. (Der Artikel ist nachzulesen über <http://www.lrb.co.uk/v34/n19/hugh-roberts/western-recklessness> .)

Das hört sich nicht besonders gut an, und wie steht es mit den anderen Staaten? Am wichtigsten für die USA und den gesamten Westen sind die ölreichen Diktaturen, und die sind nach wie vor sehr stabil. Auch dort gab es Versuche, sich an den Arabischen Frühling anzuhängen, die wurden aber schnell und rücksichtslos unterdrückt – ohne einen einzigen Einwand des Westens. Obwohl es dabei in den Schiiten-Gebieten im Osten Saudi-Arabiens und in Bahrain zu heftiger Gewaltanwendung kam, erhielten die Diktatoren von westlichen Mächten allenfalls einen Klaps auf die Finger. Der Westen will, dass die Öldiktaturen erhalten bleiben, weil ein Großteil seiner Macht auf deren Öl aufgebaut ist.

In Tunesien, das immer noch stark unter französischem Einfluss steht, wurde die Diktatur bis zu ihrem Ende von Frankreich gestützt – auch dann noch, als es schon überall Demonstrationen gab. Erst in letzter Sekunde musste der Lieblingsdiktator (Frankreichs) dann doch gehen. In Ägypten, das stärker unter dem Einfluss der USA und Großbritanniens steht, war das genau so. Obama unterstützte den Diktator Mubarak bis zur letzten Minute – bis ihn die ägyptische Armee fallen ließ. Erst als Mubarak nicht mehr zu halten war, wurde er zum Rücktritt genötigt, um die Installierung eines ähnlichen Regimes (unter Mursi) möglich zu machen.

Das geschah ganz routinemäßig. Es ist das Standardverfahren, das immer zur Anwendung kommt, wenn ein Lieblingsdiktator (des Westens) in Schwierigkeiten gerät. So läuft

das immer ab. Der amtierende Diktator wird immer bis zum Schluss unterstützt, unabhängig davon, wie grausam und blutdurstig er ist. Erst wenn sich die Armee oder die reiche Oberschicht von ihm abwenden, darf er sich – manchmal unter Mitnahme der halben Staatskasse – in ein anderes Land absetzen; seine westlichen Unterstützer entdecken plötzlich ihre Liebe zur "Demokratie", versuchen aber das alte System wieder herzustellen. Ziemlich genau das spielt sich gerade in Ägypten ab.

Das Magazin "TORTURE, Asian and Global Perspectives" (s. <http://www.humanrights.asia/resources/journals-magazines/torture-asian-and-global-perspectives/torture-asian-perspectives>) erscheint als Print- und Online-Ausgabe, und wird von der Asian Human Rights Commission in Hongkong (s. <http://www.humanrights.asia/>) und dem Danish Institute Against Torture / DIGNITY in Dänemark (s. <http://www.dignityinstitute.org/>) herausgegeben. Die beiden Herausgeber haben eine neue Initiative gestartet, die sich auf die Folter und damit verwandte Probleme konzentriert. Autoren, die Artikel zu diesem Thema veröffentlichen wollen, können über torturemag@ahrc.asia mit dem Magazin Verbindung aufnehmen.

Das Interview mit Noam Chomsky wurde zuerst im Magazin TORTURE veröffentlicht.

(Wir haben das Interview komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Intellektuelle mit verkommenen Moralvorstellungen sitzen leider auch in anderen Staaten an den Schalthebeln der Macht. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Noam Chomsky: US Intellectual Class Is Morally Degenerate

Democrats and Republicans alike embrace torture and assassination policies that are an attack on 800 years of civil law.

By Noam Chomsky and Eric Bailey

Eric Bailey: The last four years have seen significant changes in American federal policy in regards to human rights. One of the few examples of cooperation between the Democratic and Republican parties over the last four years has been the passing of the National Defense Authorization Act (NDAA) of 2012. This bill has given the United States military the power to arrest American citizens, indefinitely, without charge, trial, or any other form of due process of law and the Obama administration has and continues to fight a legal battle in federal court to prevent that law from being declared unconstitutional. Obama authorized the assassination of three American citizens, including Anwar al-Awlaki and his 16-year-old son, admittedly all members of Al Qaeda — all without judicial review.

Additionally, the Guantanamo Bay prison remains open, the Patriot Act has been extended and the TSA has expanded at breakneck speeds. What is your take on America's human rights record over the past four years and can you contrast Obama's policies with those of his predecessor, George W. Bush?

Noam Chomsky: Obama's policies have been approximately the same as Bush's, though there have been some slight differences, but that's not a great surprise. The Democrats supported Bush's policies. There were some objections on mostly partisan grounds, but for the most part, they supported his policies and it's not surprising that they have continued to do so. In some respects Obama has gone even beyond Bush. The NDAA, which you mentioned, was not initiated by Obama (when it passed Congress, he said he didn't approve of it and wouldn't implement it), but he nevertheless did sign it into law and did not veto it. It was pushed through by hawks, including Joe Lieberman and others.

In fact, there hasn't been that much of a change. The worst part of the NDAA is that it codified — or put into law — what had already been a regular practice. The practices hadn't been significantly different. The one part that received public attention is what you mentioned, the part that permits the indefinite detention of American citizens, but why permit the indefinite detention of anybody? It's a gross violation of fundamental human rights and civil law, going all the way back to the Magna Carta in the 13th century, so it's a very severe attack on elementary civil rights, both under Bush and under Obama. It's bipartisan!

As for the killings, Obama has sharply increased the global assassination campaign. While it was initiated by Bush, it has expanded under Obama and it has included American citizens, again with bipartisan support and very little criticism other than some minor criticism because it was an American. But then again, why should you have the right to assassinate anybody? For example, suppose Iran was assassinating members of Congress who were calling for an attack on Iran. Would we think that's fine? That would be much more justified, but of course we'd see that as an act of war.

The real question is, why assassinate anyone? The government has made it very clear that the assassinations are personally approved by Obama and the criteria for assassination are very weak. If a group of men are seen somewhere by a drone who are, say, loading something into a truck, and there is some suspicion that maybe they are militants, then it's fine to kill them and they are regarded as guilty unless, subsequently, they are shown to be innocent. That's the wording that the United States used and it is such a gross violation of fundamental human rights that you can hardly talk about it.

The question of due process actually did arise, since the US does have a constitution and it says that no person shall be deprived of their rights without due process of law — again, this goes back to 13th-century England — so the question arose, "What about due process?" The Obama Justice Department's Attorney General, Eric Holder, explained that there was due process in these cases because they are discussed first at the Executive Branch. That's not even a bad joke! The British kings from the 13th century would have applauded. "Sure, if we talk about it, that's due process." And that, again, passed without controversy.

In fact, we might ask the same question about the murder of Osama Bin Laden. Notice I use the term "murder." When heavily armed elite troops capture a suspect, unarmed and defenseless, accompanied by his wives, and then shoot him, kill him, and dump his body into the ocean without an autopsy, that's sheer assassination. Also notice that I said "suspect." The reason is because of another principle of law, that also goes back to the 13th century — that a man is presumed innocent until proven guilty. Before that, he's a suspect. In the case of Osama Bin Laden, the United States had never formally charged him with 9/11 and part of the reason was that they didn't know that he was responsible. In fact, eight months after 9/11 and after the most intensive inquiry in history, the FBI explained that it suspected that the 9/11 plot was hatched in Afghanistan (didn't mention Bin Laden), and was implemented in the United Arab Emirates, Germany, and of course, the Uni-

ted States. That's eight months after the attack and there's nothing substantive that they've learned since then that does more than increase the suspicion.

My own assumption is that the suspicion is almost certainly correct, but there's a big difference between having a very confident belief and showing someone to be guilty. And even if he's guilty, he was supposed to be apprehended and brought before a court. That's British and American law going back eight centuries. He's not supposed to be murdered and have his body dumped without an autopsy, but support for this is very nearly universal. Actually, I wrote one of the few critical articles on it and my article was bitterly condemned by commentators across the spectrum, including the Left, because the assassination was so obviously just, since we suspected him of committing a crime against us. And that tells you something about the significant, I would say "moral degeneration," running throughout the whole intellectual class. And yes, Obama has continued this and in some respects extended it, but it hardly comes as a surprise.

The rot is much deeper than that.

Bailey: It has been just over 10 years since the publication of the Bush administration's "torture memos." These memos provided a legal justification for the torture of detainees held by the CIA in connection with the "war on terror." The contents of the memos are chilling and have created new debate on torture internationally. Despite all of the promises given by President Obama to close those illegal detention centers, it seems that "black site" activities still occur. What are your views on these detention centers and CIA torture? Also, what do you think about Obama's promise of CIA reforms in 2008 and how has the reality of his presidency stacked up to those promises?

Chomsky: There have been some presidential orders expressing disapproval of the most extreme forms of torture, but Bagram remains open and uninspected. That's probably the worst in Afghanistan. Guantanamo is still open, but it's unlikely that serious torture is going on at Guantanamo. There is just too much inspection. There are military lawyers present and evidence regularly coming out so I suspect that that's not a torture chamber any more, but it still is an illegal detention chamber, and Bagram and who knows how many others are still functioning. Rendition doesn't seem to be continuing at the level that it did, but it has been until very recently.

Rendition is just sending people abroad to be tortured. Actually, that's barred as well by the Magna Carta – the foundation of Anglo-American law. It's explicitly barred to send somebody across the seas to be punished and tortured. It's not just done by the United States, either. It's done all over Western Europe. Britain has participated in it. Sweden has participated. It's one of the reasons for a lot of the concerns about extraditing Julian Assange to Sweden. Canada has been implicated as was Ireland, but to Ireland's credit it was one of the few places where there were mass popular protests against allowing the Shannon Airport to be used for CIA rendition. In most countries there has been very little protest or not a word. I don't know of any recent cases so maybe that policy is no longer being implemented, but it wouldn't surprise me if it was still in effect.

Bailey: Moving beyond the US, the Middle East has always been rife with human rights abuses, but the turmoil of the Arab Spring has intensified such abuses in many countries. While the dictatorships in Tunisia and Egypt were toppled without resorting to civil war, countries like Libya, Syria and Yemen have seen heavy fighting. For America and NATO's part, there has been yet another military intervention with the Libyan civil war and only the stubbornness of Russia and China have prevented a similar intervention in Syria. In both cases, rebel forces have asked, even begged for American and European help in

their war efforts, but have proven to be absolutely uninterested in negotiated settlements with their dictatorial adversaries, even when outside help is not forthcoming.

What is your take on military interventions, both the intervention that did occur in Libya and the one that is being called for in Syria? Is it morally justifiable to send Texans and Louisianans into harm's way to fight in the internal conflicts of Libyans and Syrians? Conversely, can refusing to intervene be justified when entire cities, such as Misrata, Benghazi, Aleppo, and Homs were or are being threatened with utter destruction and tens of thousands of civilians are being killed?

Chomsky: Well, let's start with Syria. The one thing I disagree with in what you said is that I doubt very much that Russia and China had anything to do with the lack of US or Western military intervention in Syria. In fact, my strong suspicion is that the United States, Britain and France welcomed the Russian veto because that gave them a pretext not to do anything. Now they can say, "How can we do anything? The Russians and the Chinese have vetoed it!"

In fact, if they wanted to intervene, they wouldn't have cared one way or the other about a Russian or Chinese veto. That's perfectly obvious from history, but they didn't want to intervene and they don't want to intervene now. The military and intelligence strategic command centers are just strongly opposed to it. Some oppose it for technical, military reasons and others because they don't see anyone they can support in their interests. They don't particularly like Assad, although he was more or less conformed to US and Israeli interests, but they don't like the opposition either, especially their Islamist elements, so they just prefer to stay on the sidelines.

It's kind of interesting that Israel doesn't do anything. They wouldn't have to do much. Israel could easily mobilize forces in the Golan Heights (Syrian territory that Israel illegally annexed). They could mobilize forces there, which are only about 40 miles from Damascus, which would compel Assad to send military forces to the border, drawing them away from areas where the rebels are operating. So that would be direct support for the rebels, but without firing a shot and without moving across the border.

But there is no talk of it and I think what that indicates is that Israel, the United States, and their allies just don't want to take moves that will undermine the regime, just out of self-interest. There is no humanitarian interest involved.

As far as Libya is concerned, we have to be a little cautious, because there were two interventions in Libya. The first one was under the auspices of the United Nations. That's UN Resolution 1973. That resolution called for a no-fly zone, a ceasefire, and the start of negotiations and diplomacy.

Bailey: That was the intervention for which the justification was claimed to be the prevention of the destruction of Benghazi?

Chomsky: Well, we don't know if Benghazi was going to be destroyed, but it was called to prevent a possible attack on Benghazi. You can debate how likely the attack was, but personally, I felt that was legitimate – to try to stop a possible atrocity. However, that intervention lasted about five minutes. Almost immediately, the NATO powers (France and Britain in the lead and the United States following) violated the resolution, radically, and became the air force of the rebels. Nothing in the resolution justified that. It did call for "all necessary steps" to protect civilians, but there's a big difference between protecting civilians and being the air force for the rebels.

Maybe we should have been in favor of the rebelling forces. That's a separate question, but this was pretty clearly in violation of the resolution. It certainly wasn't done for a lack of alternative options. Gaddafi offered a ceasefire. Whether he meant it or not, nobody knows, because it was at once rejected.

Incidentally, this pact was strongly opposed by most of the world. There was virtually no support for it. The African Union (Libya is, after all, an African country) strongly opposed it, right away, called for a ceasefire, and even suggested the introduction of African Union forces to try and reduce the conflict.

The BRICS countries, the most important of the developing countries (Brazil, Russia, India, China, and South Africa) happened to be having a conference at the time and they strongly opposed the NATO intervention and called for moves towards diplomacy, negotiations, and a ceasefire. Egypt, next door, didn't participate. Within NATO, Germany refused to participate. Italy refused too, in the beginning, though later they joined the intervention. Turkey held back. Later on they joined, but initially they opposed intervention. Generally speaking, it was almost unilateral. It was the traditional imperial powers (France, Britain and the United States) which intervened.

In fact it did lead to a humanitarian catastrophe. Maybe it would have happened anyway, but it certainly led to that, especially in the end with the attacks on Bani Walid and Sirte, the last pro-Gaddafi holdouts. They are the main center of Libya 's largest tribe, the Warfalla tribe. Libya is a highly divided tribal society, they are a major tribe, and this was their home center. Many of them were pretty bitter about that. Could it have been resolved through diplomacy and negotiations the way the African Union and BRICS countries suggested? We don't know.

It's also worthy of note that the International Crisis Group, which is the main, non-state element that deals with continuing conflicts and crises throughout the world, and is very highly respected, opposed intervention too. They strongly supported negotiations and diplomacy. However, the African Union and others' positions were barely reported on in the West. Who cares what they say? In fact, if they were reported on at all, they were disparaged on the grounds that these countries had had close relations with Gaddafi. In fact, they did, but so did Britain and the United States, right to the end.

In any event, the intervention did take place and now one hopes for the best, but it's not a very pretty picture. You can read an account of it in the current issue of the London Review of Books by Hugh Roberts, who was, at the time, the North African director of the International Crisis Group and a specialist on the region. He opposed the intervention and described the outcome as pretty hopeless chaos that is undercutting the hopes for an eventual rise of a sort of sensible, democratic nationalism.

So that wasn't very pretty, but what about the other countries? Well, the countries that are most significant to the United States and the West, generally, are the oil dictatorships and they remain very stable. There were efforts to try and join the Arab Spring, but they were crushed, very harshly, with not a word from the Western powers. Sometimes it was quite violent, as in eastern Saudi Arabia and in Bahrain, which were Shiite areas, mostly, but it resulted in at most a tap on the wrist by the western powers. They clearly wanted the oil dictatorships to remain. That's the center of their power.

In Tunisia, which had mostly French influence, the French supported the dictatorship until the very end. In fact, they were still supporting it after demonstrations were sweeping the country. Finally, at the last second, they conceded that their favorite dictator had to go. In

Egypt, where the United States and Britain were the main influences, it was the same. Obama supported the dictator Mubarak until virtually the last minute – until the army turned against him. It became impossible to support him anymore so they urged him to leave and make a transition to a similar system.

All of that is quite routine. That's the standard operating procedure for dealing with a situation where your favorite dictator is getting into trouble. There is case after case like that. What you do in that case is support the dictator to the very end, regardless of how vicious and bloody he is. Then when it becomes impossible, say because the army or the business classes have turned against him, then ease him out somewhere (sometimes with half the government's treasury in his pocket), declare your love for democracy, and try to restore the old system. That's pretty much what's happening in Egypt.

***Torture:** Asian and Global Perspectives is a print and online magazine published by the Asian Human Rights Commission based in Hong Kong and the Danish Institute Against Torture (DIGNITY) in Denmark. Torture: Asian and Global Perspectives is a new initiative which focuses on torture and its related issues globally. Writers interested in having their research on this subject published may submit their articles to: torturemag@ahrc.asia.*

This article was originally posted at Torture Magazine

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern